

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Michel Brandt, Christine Buchholz, Sylvia Gabelmann, Andrej Hunko, Katja Kipping, Cornelia Möhring, Tobias Pflüger, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Humanitäre Hilfe unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie**

Immer mehr Menschen erkranken an der Atemwegserkrankung COVID-19, die das Corona-Virus (offiziell SARS-CoV-2) auslöst. Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch des Corona-Virus zu einer globalen Pandemie.

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich stark auf humanitäre Krisen weltweit aus. Schon in Europa sind die Auswirkungen von COVID-19 verheerend, Länder mit gut entwickelten Gesundheitssystemen stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Doch Expertinnen und Experten sind sich schon jetzt einig, dass die Pandemie Entwicklungs- und Schwellenländer ungleich härter treffen wird. Expertinnen und Experten von Hilfsorganisationen und Vereinten Nationen befürchten das Schlimmste für Länder, die bereits vor der Pandemie von Krieg, Gewalt, Flucht, Armut und Ungerechtigkeit betroffen waren (<https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/coronavirus-covid19>). Dort sind Familien besonders anfällig für Krankheiten und deren Folgen, durch unzureichende sanitäre und medizinische Versorgung, Mangel- und Unterernährung sowie andere Krankheiten wie Malaria, Dengue und Cholera. Das gilt erst recht für ein hochansteckendes Virus wie Corona (<https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/coronavirus-covid19>). Vor allem Frauen, Mädchen, behinderte Menschen und marginalisierte Gruppen sind aufgrund des eingeschränkten oder fehlenden Informationszugangs einem höheren Infektions- und Schutzrisiko ausgesetzt. Zudem sind, aufgrund zahlreicher Ausgangssperren, Exportbeschränkungen und Einschränkungen bei der Bewegungsfreiheit, die Möglichkeiten für humanitären Zugang in vielen Ländern drastisch reduziert. Es sind Finanzierungsengpässe für Hilfsmaßnahmen zu befürchten, aufgrund des weltweit stark ansteigenden zusätzlichen Bedarfs (<https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/coronavirus-covid19>).

Ohnehin schwache Gesundheitssysteme könnten bei einem Ausbruch endgültig kollabieren, besonders, wenn die Versorgungs- und Hygienebedingungen in den Krankenhäusern allgemein schlecht sind. Frisches Wasser, Seife, Latrinen oder Toiletten fehlen vielerorts. In Ländern mit kriegerischen Konflikten wie Syrien oder Jemen sind die meisten Krankenhäuser zerstört. Es mangelt an medizinischen Geräten und Personal. Vor allem in ländlichen oder schwer zugänglichen Regionen und in umkämpften Städten wie Aleppo in Syrien würde ein Ausbruch des Corona-Virus erst spät bemerkt werden. Dann droht die Gefahr, dass die Ansteckungen exponentiell steigen – mit katastrophalen Folgen. Auch auf dem afrikanischen Kontinent hat sich vor allem nach der Ebola-Krise gezeigt, wie fragil die Gesundheitssysteme in vielen Ländern sind. Eine physische

Distanz ist in zahlreichen Städten aufgrund der Slumgebiete kaum möglich. Vielerorts gibt es keine direkte und kostenlose Wasserversorgung. Nur wenige Menschen haben eine Krankenversicherung. Medikamente müssen häufig selbst bezahlt werden. Hinzu kommt, dass viele Krankenhäuser nicht für die Versorgung von COVID-19-Patientinnen und COVID-19-Patienten ausgerüstet sind (<https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/coronavirus-covid19>). Weltweit werden schwere Auswirkungen der Pandemie auf Geflüchtete und Binnenvertriebene erwartet.

In Flucht- und Vertreibungskontexten, wie beispielsweise in Flüchtlingslagern oder Slums, kann sich COVID-19 mit extrem hoher Geschwindigkeit ausbreiten – mit verheerenden Folgen, nicht nur für die Geflüchteten selbst, sondern auch für die aufnehmenden und umliegenden Gemeinden. Beengte Lebensverhältnisse, schlechte Sanitärversorgung, Mangel an sauberem Wasser und fehlender Zugang zur Gesundheitsversorgung setzen die Geflüchteten einem erhöhten Infektionsrisiko aus und führen zu steigenden Sterblichkeitsraten, gerade unter der ärmsten und vulnerabelsten Bevölkerung. Eine der vielen Katastrophen ereignet sich derzeit auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos. Mehr als 42 000 Menschen sitzen dort in völlig überfüllten Lagern fest. Abstand halten und gute Hygiene – die Gebote der Stunde – sind dort unmöglich. Es gibt kaum mehr fließendes Wasser und im Lager Moria müssen sich 1 300 Menschen ein Waschbecken teilen (<https://www.ardaudiothek.de/interview/corona-und-die-fluechtlinge-in-griechenland-die-lager-muessen-sofort-evakuiert-werden/73462120>). Frauen und Mädchen sind in besonderer Form von einem eingeschränkten Zugang zu Hygiene- und Sanitäreinrichtungen betroffen. Wenn das Corona-Virus die Lager erreicht, könnte aus Sicht der Fragestellenden eine der schlimmsten einkalkulierten humanitären Katastrophen dieser Zeit eintreten, bei der tausende Menschen durch die hohe Ansteckungsgefahr und ohne jede medizinische Versorgung an COVID-19 sterben könnten. Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder Medico International fordern deshalb seit Wochen mit Nachdruck, die Lager zu evakuieren. Die ohnehin dramatische Situation der Geflüchteten in den EU-Hotspots muss nach Ansicht der Fragestellenden auf den griechischen Inseln angesichts der Gefahr einer unkontrollierten Masseninfektion sofort beendet werden, um die weitere Ausbreitung des Virus zu unterbinden und sicherzustellen, dass Erkrankte angemessen behandelt werden (<https://www.proasyl.de/news/covid-19-und-fluechtlingspolitik-was-deutschland-jetzt-machen-muss/>).

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich auch stark auf die Arbeit von humanitären Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus. Unter größten Widrigkeiten arbeiten verschiedene Organisationen im Bereich der Humanitären Hilfe nach eingespielten Regeln zusammen, um jetzt Menschenleben zu retten. Aufgrund des stark eingeschränkten Handlungsspielraums stehen diese Organisationen vor großen Herausforderungen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Organisationen, die zum Teil ausschließlich aus Freiwilligen bestehen, sind teilweise hohen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Für sie fehlen Schutzkleidung und Hygieneartikel, Testmöglichkeiten und eine Gesundheitsversorgung im Falle einer Erkrankung. Wenn Mitarbeitende erkranken, müssen weniger humanitäre Helferinnen und Helfer noch mehr leisten, und das oft unter schwierigsten Bedingungen (<https://venro.org/publikationen/detail/corona-pandemie-weltweite-auswirkungen-in-den-blick-nehmen>). Auch wenn immer mehr Grenzen geschlossen werden, muss die Versorgung mit Nahrungsmitteln, medizinischer Grundausrüstung und anderen Hilfsgütern sowie die Ein- und Ausreise humanitären Personals aus Sicht der Fragestellenden gesichert werden.

Zudem ist aus Sicht der Fragestellenden der Zugang für humanitäre Helferinnen und Helfer zu den Menschen in Not in Krisensituationen oftmals eingeschränkt, jetzt aber wichtiger denn je: Der humanitäre Raum muss unbedingt

gewahrt werden. Hinzu kommt, dass Falschinformation und Stigmatisierung Leben kosten kann. Daher müssen humanitäre Organisationen jetzt sicherstellen, dass auch Menschen in Krisensituationen, wie zum Beispiel Vertriebene, Zugang zu aktuellen und korrekten Informationen haben (<https://venro.org/publikationen/detail/corona-pandemie-weltweite-auswirkungen-in-den-blick-nehmen>).

Am 25. März 2020 haben die Vereinten Nationen ihren koordinierten COVID-19 Global Humanitarian Response Plan in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar vorgestellt, um die Ausbreitung von COVID-19 in Südamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Asien zu bekämpfen. An der Erstellung waren verschiedene internationale Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen beteiligt, allerdings keine lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aktuellen Krisenländern. Der Reaktionsplan umfasst drei strategische Ziele: die Pandemie einzudämmen, die Todesfälle zu reduzieren, den Verlust menschlicher Rechte und des sozialen Zusammenhalts zu verhindern und insbesondere Geflüchtete, intern Vertriebene und andere besonders verletzte Gruppen zu schützen. Der Plan beziffert den humanitären Bedarf bisher auf 2 Mrd. US-Dollar, zusätzlich zu den bereits laufenden humanitären Reaktionsplänen auf nationaler oder regionaler Ebene. Die Geberländer müssen nun für diesen Hilfeaufruf Finanzmittel bereitstellen, so schnell und so viel wie möglich, damit die am stärksten gefährdeten Länder in die Lage versetzt werden, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Bisher haben Kanada und Japan Mittel zugesichert, eine Zusage der Bundesregierung steht noch aus (<https://venro.org/publikationen/detail/corona-pandemie-weltweite-auswirkungen-in-den-blick-nehmen>). Gleichzeitig darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die weltweite COVID-19-Pandemie nicht die einzige humanitäre Krise weltweit ist, die einer Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bedarf. Die laufenden humanitären Hilfsoperationen müssen aus Sicht der Fragestellenden weiter fortgeführt werden. Es bedarf daher den Fragestellenden zufolge einer Aufstockung des Haushaltspostens für die humanitäre Hilfe, die ursprünglich für andere humanitäre Krisen gedacht waren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann, und in welchem Umfang plant die Bundesregierung, sich an dem von den Vereinten Nationen koordinierten COVID-19 Global Humanitarian Action Response Plan in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar zu beteiligen?
2. Wie wird laut Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, dass lokale Hilfsorganisationen, Flüchtlings- und Frauenorganisationen zu den Mitteln des COVID-19 Global Humanitarian Response Plan Zugang haben?
3. Schätzt die Bundesregierung die derzeit im Response Plan veranschlagten Mittel für NGOs in Höhe von 100 Mio. US-Dollar als hinreichend ein?
4. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung von VENRO zu, dass die humanitären Koordinierungsstrukturen aufrechterhalten und ergänzt, nicht aber durch Pandemie-bezogene Strukturen und Finanzierungsfonds verdrängt werden sollen (<https://venro.org/presse/detail/deutschland-muss-auch-in-zeiten-der-corona-pandemie-zu-seiner-internationalen-verantwortung-nehmen>)?
5. Hat eine Umverteilung finanzieller Hilfsmittel für humanitäre Hilfe zugunsten der Corona-Pandemie stattgefunden, und falls ja, in welchem Umfang, und in welchen Bereichen?

6. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die durch die Bundesregierung bisher finanzierten humanitären Hilfsoperationen weltweit vollständig fortgeführt werden, und plant sie dafür im Rahmen der Corona-Krise die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel?
7. An welchen Notfallfonds wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Corona-Pandemie in welchem Umfang beteiligen?
8. In welchem Umfang stellt die Bundesregierung für die Bekämpfung der Corona-Pandemie dem UNHCR zusätzliche finanzielle Hilfsmittel für die Bekämpfung der Corona-Pandemie zur Verfügung?
9. In welchem Umfang stellt die Bundesregierung für die Bekämpfung der Corona-Pandemie dem World Food Programme (WFP) zusätzliche finanzielle Hilfsmittel für die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und medizinischen Artikeln in Krisengebieten zur Verfügung?
10. In welchem Umfang stellt die Bundesregierung UNICEF zusätzliche finanzielle Hilfsmittel für die Bekämpfung der Corona-Pandemie zur Verfügung?
11. Inwieweit ist das Corona-Virus nach Auffassung der Bundesregierung für Krisen- und Entwicklungsländer besonders gefährlich?
12. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Oxfam, dass es Milliardenhilfen für Krisen- und Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geben sollte, und falls ja, wie beteiligt sich die Bundesregierung daran (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-krise-oxfams-5-punkte-plan-um-menschen-weltweit-corona-schuetzen>)?
13. Wie wird der Bedarf an finanziellen Hilfsmitteln für humanitäre Hilfe aus Deutschland von der Bundesregierung für von der Corona-Pandemie besonders gefährdete Länder gemessen?
14. Wird sich die Bundesregierung angesichts der globalen Gesundheitskrise für einen Schuldenerlass zumindest für die ärmsten Länder einsetzen, und falls nein, warum nicht?
15. In welchem finanziellen Umfang wird sich die Bundesregierung innerhalb der EU zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie beteiligen?
16. Inwieweit wird es bilaterale finanzielle Hilfen für Italien zur Bekämpfung Folgen der Corona-Pandemie geben?
17. Inwieweit wird es bilaterale finanzielle Hilfen für Frankreich zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie geben?
18. Inwieweit wird es bilaterale finanzielle Hilfen für Spanien zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie geben?
19. Mit welchen Mitteln bzw. Maßnahmen plant die Bundesregierung, afrikanische Länder dabei zu unterstützen, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzuschwächen?
20. Mit welchen Mitteln bzw. Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Mali dabei, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzuschwächen, wo auf 1 Million Menschen nur drei Beatmungsgeräte kommen (<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/unicef-mitarbeiter-vor-ort-zu-ausbruch-des-coronavirus/213320>)?

21. Mit welchen Mitteln bzw. Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Sambia dabei, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzuschwächen, wo es für 10 000 Menschen nur einen Arzt gibt (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-krise-oxfams-5-punkte-plan-um-menschen-weltweit-corona-schuetzen/>)?
22. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen die humanitäre Notsituation in Flüchtlingslagern in Griechenland während der Corona-Pandemie, wo Millionen von Menschen auf überfülltem Raum kaum fließendes Wasser haben, den Mindestabstand nicht einhalten können und die hygienischen Bedingungen katastrophal sind (<https://www.borderline-europe.de/unsere-arbeit/maillkampagne-exponential-growth-solidarity-griechische-lager-evakuieren/>)?
23. Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Lager auf den griechischen Inseln sofort aufzulösen, um die Geflüchteten vor den Auswirkungen von COVID-19 in Schutz zu bringen und eine humanitäre Katastrophe zu vermeiden, wie es auch zahlreiche Hilfsorganisationen fordern (<https://www.borderline-europe.de/unsere-arbeit/maillkampagne-exponential-growth-solidarity-griechische-lager-evakuieren/>), und was erwägt sie, dafür zu tun?
24. Inwiefern plant die Bundesregierung, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass das zurzeit ausgesetzte Programm der humanitären Aufnahme vom UN-Flüchtlingshochkommissariat und der Internationalen Organisation für Migration (resettlement) sobald wie möglich wieder aufgenommen und ausgeweitet wird (bitte erläutern)?
25. Plant die Bundesregierung die Übernahme der Zuständigkeit für Asylverfahren im Falle von nicht möglichen Resettlement-Überstellungen in ein anderes Land?
26. Wie reagiert die Bundesregierung auf diejenigen Staaten, die die Corona-Pandemie als Rechtfertigung benutzen, um sich vor Flüchtlingen abzuschotten, das Asylrecht weiter auszuhöhlen oder vorübergehend außer Kraft zu setzen oder Flüchtlingslager so aufzurüsten und umzuorganisieren, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dort quasi inhaftiert sind, wie Ungarn oder Griechenland?
27. Inwieweit trägt die Bundesregierung dafür Sorge, dass die Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen in den weltweit geplanten Corona-Hilfen berücksichtigt werden?
28. Unterstützt die Bundesregierung den Appell des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres für einen globalen Waffenstillstand (<https://unric.org/de/guterres-appell-zu-globalem-waffenstillstand/>), und falls ja, wie?

Berlin, den 20. April 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**





